Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1892

36 (12.2.1892) II. Blatt

Visual Library

Ausgabe: Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pfg., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., im Reklamentheile 40 Pf.
Bemerkungen: Unbenützt gebliebene Einsendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 36. II. Blatt. Karlsruhe, Freitag, den 12. Februar **1892.**

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 11. Febr.

27. Sitzung der zweiten Kammer.

Am Ministertisch: Minister Eisenlohr, Ministerialdirektor Seubert, Ministerialrath Bechert.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr. Der Sekretär verliest die eingegangenen Bittschriften, darunter viele aus dem Wiesenthal um Ermäßigung der Güterfrachtsätze und der Personenfahrpreise. Dem Abg. v. Buol wird Behufs Theilnahme an den Verhandlungen des Reichstages ein achttägiger Urlaub gewährt.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Budgetkommission über den Etat der gr. Oberrechnungskammer.

Abg. Weber empfiehlt als Berichterstatter der Kommission die Annahme der Etatsposition. Der ordentliche Etat ist für 1892 auf 83,010 M., für 1893 auf 84,490 M. festgesetzt. Im außerordentlichen Etat werden für den Neubau einer Dienerwohnung 11,000 M. und für Neuordnung des Rechnungsarchivs 1456 M. verlangt. Die Einnahmen sind für beide Jahre auf 196,166 M. berechnet. Das Haus genehmigt diese Summen ohne Verhandlung.

Ueber das Spezialbudget der Badeanstaltenverwaltung berichtet Abg. v. Stockhorner. Die Verwaltung bezieht sich lediglich auf die Badanstalten in Baden-Baden und Badenweiler. Der Badfond entstand bekanntlich aus den bis 1872 bezahlten Beiträgen des Spielpächters, und betrug Ende 1887 5,253,728 M. Durch große Ausgaben im außerordentlichen Budget ist derselbe jedoch stark herabgemindert worden; er betrug Ende 1890 nur noch 2,736,155 M. und wird nach der Bewilligung der Ausgaben für das Kaiserin Augusta-Bad auf 1,900,600 M. herabsinken. Der ordentliche Etat ist für die beiden Jahre zusammen auf 555,280 M. festgesetzt, worunter sich die Zuschüsse für Baden mit 77,150 M. jährlich und für Badenweiler mit 10,290 M. befinden.

Abg Blankenhorn: Das allmählige Verschwinden des Badfonds macht einen unheimlichen Eindruck und lasse es dahingestellt, ob es nicht richtiger gewesen wäre, die Aufwendungen für Neubauten 2c. von vornherein auf das außerordentliche Staatsbudget zu nehmen, um den Fond intakt zu erhalten. Doch tröste ich mich damit, daß man bei dem fortschreitenden sanitärischen Bedürfniß der Menschheit die nöthigen Gelder für die Heilquellen jederzeit aufbringen wird. Als Vertreter des Bezirks, in welchem die Perle des Breisgaues liegt, das herrliche Badenweiler mit seinen Schlössern, seinem reizenden Park und prächtigen Schwimmbad, möchte ich die Vertreter hoher Regierung bitten, ihr besonderes Wohlwollen dem Kurort entgegen zu bringen. Ich weiß, daß die Herren Alle gern daselbst weilen und bin überzeugt, daß Sie Ihr Möglichstes dafür thun werden. Wenn der Herr Finanzminister zugegen wäre, so würde ich ihn bitten, nach dem Vorschlag des Abg. Straub mit dem Staats-Lokalbahnbau einen ersten Versuch mit der kurzen Strecke Bahnhof Müllheim-Badenweiler zu machen, wodurch dem unter der Konkurrenz der vielen neuen Luftkurorte — insbesondere seit Eröffnung der Höllenthalbahn — doch einigermaßen leidenden Badenweiler wesentlich aufgeholfen würde. Die Herren Kollegen auf allen Seiten des Hauses möchte ich aber einladen, gelegentlich unter meiner Führung den schönen Badeort zu besuchen und darf ich Sie versichern, daß Sie bei diesem Besuch nur reinen Naturwein werden eingeschenkt erhalten.

Abg. Gönner will auf eine andere Perle des Schwarzwaldes, auf Baden hinweisen. Durch die Errichtung des neuen Frauenbades sei Baden wieder um ein großartiges Bauwerk reicher geworden, dem die Stadt zum ehrenden Andenken an die hochselige Kaiserin den Namen Kaiserin-Augusta-Bad gegeben hat. Die von der großh. Regierung in Betracht gezogene Frage des Neubaues eines Konversationshauses sei von der Stadtgemeinde mit Rücksicht auf die erhöhten Anforderungen an den Badfond und die mit einem solchen Neubau verknüpften Schwierigkeiten für absehbare Zeit zurückgestellt worden, nachdem sich auch die Baukommission dafür ausgesprochen hatte, daß die sich beim jetzigen Konversationshause ergebenden Mängel durch die Vornahme von Verbesserungsarbeiten abgestellt werden könnten. Die Errichtung einer Winterstation im Landesbad sei mit großer Befriedigung begrüßt worden, man wünsche nur, daß in Zukunft eine gewisse Auswahl unter den Heilbedürftigen getroffen werden möge. Die städtische Kurkommission sei im Verein mit der Stadtverwaltung eifrig bemüht, durch bequeme Einrichtungen und Einführung von Verbesserungen aller Art den Aufenthalt in Baden möglichst angenehm zu machen. Der Fremdenverkehr in Baden betrug nach den polizeilichen Meldungen im Jahre 1890 62,137 Personen, im Jahre 1891 60,162.. Es fänden also hier gewisse Schwankungen statt, die aber leicht ausgeglichen würden. Insbesondere sei die Zahl der verabreichten Bäder im verflossenen Jahr wesentlich höher gewesen als im Jahre 1890. So betrug die Zahl derselben im Friedrichsbad 1890 nur 63654, im Jahre 1891 dagegen 68,203, also trotz der Abnahme der Frequenz 4549 mehr. Im Frauen-Bad 1890 nur 2957, 1891 dagegen 5426, also 2469 mehr, im Landesbad 1890 nur 6951, 1891 dagegen 8044. In den Privat-Badanstalten wurden 1890 35,329, im Jahre 1891 37,342 Bäder ausgegeben und die Gesammtzahl derselben betrug im Vorjahre 119,515, während sie sich 1890 nur auf 108,891 Bäder belief. Diese Zahlen erbringen den Beweis dafür, daß sich Baden als Kurort einer immer stärkeren Frequenz zu erfreuen hat, und Redner hofft, daß nach der Inbetriebsetzung des neuen Frauenbades allgemein auch der Fremdenverkehr noch mehr steigen wird. Nach dem ursprünglichen Bauplan sollte das neue Frauenbad auf den Platz zu stehen kommen, wo das Armenbad stand. Der nordöstliche Theil desselben sollte aber stehen bleiben, und durch Innenumbau zu Wirthschaftsräumen und Wohnungen hergerichtet und in dem neuen Frauenbade eine gemeinschaftliche Kesselanlage für das neue Bad und das Friedrichs- und Landesbad erstellt werden. Inzwischen hatte aber die Stadt an die Regierung das dringende Ersuchen gerichtet, auch jenen nördlichen Theil des Armenbades niederzureißen und mit der Baufluchtlinie des betreffenden Neubaues längs der Leopoldstraße Behufs Verbreiterung dieser Straße zurückzurücken. Dies machte aber die Erstellung eines besonderen Kesselhauses und eine Zentralwaschanstalt nothwendig und erforderte erhebliche weitere Kosten. Die Stadt war jedoch von der dringenden Nothwendigkeit dieser Veränderung überzeugt und erklärte sich bereit, außer einer baaren Summe von 50,000 M. noch die Gelder für Grunderwerb u. s. w., im Ganzen 86,300 M., zu diesem Zwecke zu bewilligen. Redner spricht die Erwartung aus, daß sich nach der durchgeführten Verbesserung der mannigfachen Einrichtungen für den Fremdenverkehr auch der Badefond wieder nach und nach werde heben können.

Minister Eisenlohr spricht seine Befriedigung darüber aus, daß die Budgetkommission sich gleichfalls von der Nothwendigkeit des Neubaues am Frauenbad überzeugt und beschlossen hat, die dafür geforderte Summe von 120,000 M. aus dem Badfond zu bewilligen. Bezüglich des Neubaues eines Konversationshauses habe die Baukommission ihr Gutachten dahin abgegeben, daß der jetzige Zustand noch für eine Reihe von Jahren genügend sei, wenn die nöthigen Ergänzungsarbeiten vorgenommen würden. Der Winterkurs im Landesbad sei eine sehr segensreiche Einrichtung; Arme und Minderbemittelte könnten dort einen sehr zweckmäßigen und billigen Kursaufenthalt nehmen. Er wünsche nur, daß dies im Lande bekannt werde und daß recht viele Heilbedürftige die Gelegenheit wahrnehmen und die Heilanstalt im Winter benützen möchten.

Abg. Venedey schließt sich den Ausführungen des Abg. Blankenhorn bezüglich Badenweilers an und ersucht die Regierung, diesem Orte recht große Aufmerksamkeit zu schenken. Der Fremdenbesuch sei kein sehr reger; er blieb im letzten Jahr um 700 Personen zurück. Daran sei wohl hauptsächlich der Mangel einer Bahnverbindung von Müllheim nach Badenweiler schuld. Eine solche Lokalbahn würde namentlich gute Aussicht auf viel Touristen- und Vergnügungsreiseverkehr haben, und er hoffe, daß die Regierung das Projekt in nähere Erwägung ziehen werde.

Abg. Friderich meint gleichfalls, daß eine Lokalbahn sehr zur Hebung Badenweilers beitragen würde. Die herrliche Umgebung und die Sorgfalt, mit welcher die dortigen Anlagen gepflegt werden, machten den Ort zu einem der entzückendsten Punkte unseres Schwarzwaldes; eine Dotation für eine solche Lokalbahn halte er für sehr angezeigt. Redner geht sodann noch auf eine Beleuchtung der Verhältnisse bezüglich des Badfonds näher ein.

Abg. Reichert betont, der Neubau eines Konversationshauses könne zwar noch hinausgeschoben werden, dürfte sich aber doch nicht mehr allzulange vertagen lassen. Ueberhaupt sei noch Manches in den Kurräumen zu verbessern; so fehlten z. B. gedeckte Wandelgänge. Bei einem Neubau des Konversationshauses würde es sich empfehlen, dasselbe mit der Trinkhalle durch solche Gänge zu verbinden, die für den Schutz gegen ungünstige Witterung nöthig seien. Auch bezüglich des Frauenbades hat Redner verschiedenes auszusetzen. Schließlich spricht derselbe die Bitte aus, die Herstellung der abgebrannten Wirthschaftsräume auf dem alten Schlosse möglichst noch im Frühjahr zu veranlassen, und beim Wiederaufbau derselben größere Wirthschaftsräume zu schaffen.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters werden die Ausgaben des ordentlichen Etats mit 535,280 M. für beide Jahre angenommen; ebenso wird der außerordentliche Etat, in welchen neben den laufenden Bau- und sonstigen Kosten auch der Betrag von 120,000 M. für das Wasch- und Kesselhaus im Frauenbad (Kaiserin Augustabad) eingestellt ist, mit 312,894 M. genehmigt. Die Einnahmen im ordentlichen Etat betragen 263,060 M. für 1892 und 274,278 M. für 1893, im außerordentlichen Etat 28,000 M. Auch diese Summen werden ohne Verhandlung genehmigt.

Die Tagesordnung ist damit erledigt und der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf Samstag Vormittag 9 Uhr an.

Schluß der Sitzung: 10½ Uhr.

Deutscher Reichstag.

÷ Berlin, 10. Febr.

168. Plenarsitzung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die 2. Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Vereinsthaler österreichischen Gepräges.

Abg. Dr. Bachem (Zentr.) empfiehlt Namens der Kommission die unveränderte Annahme der Vorlage.

Das Haus beschließt ohne Berathung demgemäß.

Hierauf wird die Etatsberathung beim Etat für die Verwaltung der (elsaß-lothringischen) Reichseisenbahnen fortgesetzt.

Abg. Dr. Hammacher (nat.-lib.) berichtet als Referent der Budgetkommission u. A. über die in der Kommission gepflogenen Verhandlungen über die Frage der Tarifreform. Es sei vom Minister Thielen als Chef des Reichseisenbahnamts hervorgehoben worden, daß sich gerade die elsaß-lothringischen Bahnen zu Experimenten am wenigsten eigneten. Anträge seien in der Kommission nicht gestellt worden.

Abg. Dr. Lingens (Zentr.) führt Beschwerde darüber, daß die Absichten der Zentralverwaltung, welche dahin gehen, den Beamten wenigstens einen freien Sonntag im Monat zu sichern, durch die nachgeordneten Behörden vielfach vereitelt und die getroffenen Anordnungen nicht in dem Sinne ausgeführt würden, in dem sie erlassen worden.

Minister Thielen erwidert auf eine Bemerkung des Berichterstatters, daß über bestehende Lücken in der Ausbildung der Beamten Verhandlungen schwebten. Hinsichtlich der vom Vorredner berührten Frage sei seinerseits Alles geschehen, um dem Bedürfniß nach einer ausreichenden Sonntagsruhe Rechnung zu tragen, was ja auch im Interesse des Dienstes und der Sicherheit des Betriebes liege.

Abg. Schrader (d.-fr.): Die vor einigen Jahren in Aussicht genommene Tarifreform sei jetzt völlig aufgegeben, wie man sagt, in Folge finanzieller Rücksichten, obgleich die preußischen Staatsbahnen noch immer einen bedeutenden Ueberschuß ergäben. Das sei die Folge der Eisenbahnverstaatlichung, daß plötzlich alle Reformen im Eisenbahnwesen aufhören, wenn einmal ein Rückgang in den Einnahmen eintrete. Hoffentlich würden die angekündigten Erwägungen über die Ausbildung des Beamten dazu führen, daß auch denjenigen Beamten, welche im praktischen Dienste gestanden, die Möglichkeit gegeben werde, zu den höheren Stellungen aufzusteigen.

Minister Thielen: Die preußische Eisenbahnverwaltung habe zahlreiche Reformen auch auf dem Gebiete der Personentarife durchgeführt. Es seien nicht nur finanzielle Gründe, welche einer weiteren Personentarifreform im Wege ständen; vor Allem fehle es noch an einem Reformvorschlag, mit dem alle Betheiligten einverstanden wären. Die von seinem Amtsvorgänger geplante Reform habe vielfach Widerspruch erfahren; in Süddeutschland wolle man die vierte Wagenklasse nicht, in Norddeutschland wolle man dieselbe nicht missen. Wir könnten uns mit unserem Eisenbahnwesen getrost jedem Lande der Welt an die Seite stellen. Es werde auf Ungarn hingewiesen, wenn wir aber die ungarischen Eisenbahneinrichtungen zu uns verpflanzen wollten, so würde man damit hier wenig zufrieden sein. Ein dringendes Bedürfniß, trotz mangelnden Einverständnisses über die wesentlichsten Punkte, mit einer Reform vorzugehen, sei nicht vorhanden. Daß nicht finanzielle Gründe Reformen verhinderten, sei durch die Einführung der neuen Tarife im Berliner Vorortsverkehr bewiesen. Es bestehe schon jetzt die Möglichkeit, daß Subalternbeamte in höhere Stellungen aufrücken können.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) vertheidigt das Staatsbahnsystem gegenüber dem Abg. Schrader. Er möchte wissen, was in Bezug auf das Personentarifwesen durch Privatbahnverwaltungen mehr hätte geleistet werden können! Wenn sonst in Bezug auf Tarifreformen nicht noch mehr geleistet würde, so sei das doch nicht Schuld des Staatsbahnsystems. Er bitte die Verwaltung, im Ausbau des Sekundärbahnnetzes ein langsameres Tempo einzuschlagen und bezüglich der Gütertarife an die Ausführung der Vorschläge des preußischen Landeseisenbahnraths heranzutreten.

Abg. Schrader (freis.): Eine Folge der Eisenbahnverstaatlichung sei, daß Reformen jetzt immer gleich im Großen eingeführt werden müßten, was natürlich schwieriger sei. Die Privatbahnen würden durch die Wettbewerbung und durch den Druck der öffentlichen Meinung gezwungen, Tarifkonzessionen zu machen, während hier die Staatsbahnverwaltung Widerstand zu leisten vermöge.

Abg. v. Schalscha (Zentr.) wünscht Gütertarifreform, ist aber gegen die Personentarifreform: es werde in Deutschland schon mehr auf der Eisenbahn gefahren, als uns gesund sei. Durch billige Personentarife würde nur die Bevölkerung des platten Landes in die großen Städte gelockt und die Uebervölkerung der letzteren sowie die Immoralität gefördert.

Abg. Krause (freis.) tritt für die Personentarifreform ein. Es sei beschämend, daß uns in dieser Beziehung Ungarn weit voran sei. Die Reform würde auch im finanziellen Interesse liegen.

Minister Thielen erklärt, keineswegs ein enragirter Gegner der Personentarifreform zu sein; er sehe die bestehenden Personentarife nicht als musterhaft an und halte eine Reform derselben für geboten.

Abg. Möller (nat.-lib.) tritt dem Bestreben entgegen, der Personentarifreform den Vorrang vor der Gütertarifreform zu geben.

Abg. Singer (Soz.) tadelt, daß auch die Betriebsverwaltung der Reichseisenbahnen sich anmaße, die politische Gesinnung ihrer Arbeiter kontroliren zu wollen, und daß Arbeiter ihrer sozialdemokratischen Gesinnung wegen entlassen würden. Die Stellung der Arbeiter in der Staatswerkstätte sei keine würdige.

Minister Thielen: Es handle sich um zwei Arbeiter, die wegen Agitationen gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung aus dem Arbeitsverhältniß entlassen worden seien, und zwar unter Beobachtung aller humanitären Rücksichten. Es sei den Leuten eben gesagt worden: Seht Euch nach etwas Anderem um; Ihr gehört nicht hierher. Und in der That, sie gehörten nicht in Staatswerkstätten. Auf eine Unterscheidung, ob die Hetze innerhalb oder außerhalb der Werkstätten betrieben worden sei, könne sich die Verwaltung nicht einlassen. (Zustimmung rechts. Pfui! links.) Eine Kontrole über die Gesinnung der Arbeiter finde nicht statt. Verhetzungen müßten aber den Werkstätten fern bleiben.

Die Weiterberathung wird vertagt.

Der Präsident schlägt vor, auf die morgige Tagesordnung Anträge aus dem Hause zu stellen, darunter den Antrag des Zentrums, betreffend die Zurückberufung der Orden.

Abg. Graf Ballestrem verliest eine vom Zentrum beschlossene Erklärung, wonach es vorläufig mit Rücksicht auf die gegen das Volksschulgesetz hervorgerufene Bewegung, die nicht verschärft werden solle, auf die Berathung seines Antrags verzichte, sich aber die Wiedereinbringung desselben für später vorbehalte.

Morgen 1 Uhr: Anträge.

Deutsches Reich.

* **Karlsruhe**, 11. Febr. Ueber den Ernst der augenblicklichen Lage in Berlin gibt ein deutschfreisinniger Führer, der zu den „Wissenden" gehört, folgende Schilderung der Lage: „Man soll sich sehr enttäuscht fühlen, daß das neue Arbeiterschutzgesetz die Sozialdemokratie nicht bekehrt hat. Die Sozialistenfurcht wird von den Kirchlich-Orthodoxen u. den Politisch-Reaktionären mit gutem Erfolg für alle einschlagenden Pläne ausgenutzt. Die sonderbarsten Kuren werden nebenher empfohlen. Die neuliche Anregung des Abg. Frhrn. v. Manteuffel im Reichstag, daß man die Freizügigkeit beschränken und den Zuzug ländlicher Arbeiter in die Städte erschweren müsse, war weit mehr, als eine persönliche Eingebung des genannten Herrn Eine Wiederauffrischung des Sozialistengesetzes als solches steht nicht in Frage. Aber jede politische Freiheit aus dem gemeinen Recht erscheint heute mehr oder weniger in Frage gestellt, das bescheidene Maß unserer Preßfreiheit nicht ausgeschlossen. Daß gerade Graf Caprivi dergleichen mitmachen wird, soll nicht behauptet werden. Aber es gibt andere Personen in hohen Stellungen, die bereit sind, Caprivi's Erbschaft jeden Augenblick zu übernehmen Caprivi selbst fördert solche Richtungen durch die Anpreisung der Staatskunst, „gegen den Strom zu schwimmen". Diese Theorie von der Unfehlbarkeit der Regierung und der maßgebenden Bedeutung ihres Willens hat ohnehin schon in jenen Kreisen mehr Geltung, als sich mit einem konstitutionellen Staatswesen vereinbaren läßt."

Berlin, 10. Febr. Der Vorstand des Preußischen Lehrervereins wird am 20. und 21. Februar in Berlin zusammentreten, um über gemeinsame Schritte in Bezug auf den Volksschulgesetzentwurf zu berathen.

Berlin, 10. Febr. Der Kaiser hat dem nationalliberalen Abgeordneten Dr. Buhl den Kronenorden 2. Klasse verliehen.

Aschaffenburg, 8. Febr. Eine geradezu kindische Demonstration leistete sich, wie die Pf. Presse schreibt, ein sehr junger Kaplan bei dem von Angehörigen aller Parteien besuchten Festessen zu Ehren des Geburtstages des Kaisers. Als nämlich Rechtsanwalt Will in einer Rede auch der Verdienste Bismarcks gedachte, verließ der Herr Kaplan demonstrativ den Saal! Alle übrigen Gäste mußten herzlich lachen ob des kindischen Gebahrens des jugendlichen Herrn. Man sieht hieraus wieder einmal, daß selbst ein Diener der Kirche — Dummejungenstreiche auszuführen vermag.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. Febr. Der volkswirthschaftliche Ausschuß beschloß, lt. Frkf. Ztg., die Regierung aufzufordern, eine auf Besteuerung der Getreidebörse abzielende Gesetzesvorlage einzubringen.

Wien, 10. Febr. Das Leiden des Erzherzogs Franz Salvator, des Schwiegersohnes des Kaisers, ist, lt. Frkf. Ztg, zwar bedenklich, jedoch sind die in der Stadt verbreiteten übertriebenen Gerüchte unbegründet. — Die hiesige serbische Gesandtschaft widerspricht den Gerüchten über Unruhen in Belgrad.

Großbritannien.

* **London**, 10. Febr. (Unterhaus.) In der Adreßverhandlung erklärte der Parlamentssekretär des Auswärtigen, Lowther, mit Amerika sei bezüglich des Schiedsgerichts über die Behringsmeerfrage ein Einverständniß erzielt, er glaube aber nicht, daß Italien, Frankreich und Schweden bereits aufgefordert seien, Schiedsrichter zu ernennen. Die Brüsseler Akte, betr. den Sklavenhandel, sei thatsächlich genehmigt, da Frankreich mit gewissen Abänderungen zugestimmt habe. Daß Portugal die Akte noch nicht genehmigte, werde seiner Meinung nach einen nur kurzen Aufschub veranlassen.

Rußland.

St. Petersburg, 11. Febr. In Hofkreisen spricht man neuerdings von der Verlobung des Czarewitsch mit der Prinzessin Marie von Griechenland.

Baden.

f. **Baden**, 10. Febr. Gestern Abend brachte Herr Dr. Manz aus Karlsruhe in einer Versammlung des nationalliberalen Vereines eine Anzahl vaterländischer Gedichte, lyrischen Inhalts, das Deutschthum im Ausland behandelnd, zum Vortrag. Herr Manz verstand die zahlreich Anwesenden — der Saal im „Krokodil" war ganz besetzt — durch die gute Auswahl der Dichtungen, sowie durch seinen dramatisch belebten Vortrag in eine gehobene Stimmung zu versetzen. In der Pause zwischen der 1. und 2. Abtheilung des Vortrages ergriff Herr Professor Hermann das Wort, um darzulegen, daß die nackte Prosa, mit den poetischen Ergüssen, das Deutschthum im Ausland betreffend, nicht immer im Einklang stünde. Der Deutsche im Ausland vergesse und verleugne gar oft sein vaterländisches Wesen. Schon nach wenigen Jahren der Auswanderung nach Amerika seien sie, um mit unserem alten Reichskanzler zu reden, aus der eigenen Haut heraus- und in eine fremde hineingeschlüpft. Ihre Kinder werden in fremder Sprache und in fremden Sitten auferzogen und kehren die Alten wieder in die Heimath zurück, so fänden sie draußen Alles besser. Würden die Deutschen das nationale Bewußtsein erhalten haben, so stünde es da und dort im Auslande, wo sie in großer Zahl vorhanden sind, besser. Der deutsche Schulverein sei jetzt ein Band, das die fast losgetrennten Elemente wieder zusammenbände, und an die Zusammengehörigkeit mit dem Mutterlande erinnere. Es sei darum Pflicht von uns Allen, diese Vereinsbestrebungen zu unterstützen. Herr Bezirksthierarzt Braun, der die Versammlung in Verhinderung des ersten Vorsitzenden leitete, sprach Herrn Dr. Manz für seine deklamatorischen Vorträge, die vaterländische Stimmung zu machen wohl geeignet seien, den Dank der Versammlung aus.

Löffingen, 10. Febr. Wie bekannt, sind dem jetzigen Landtage nicht nur von Seite der Handelskammer und der Stadt Freiburg, sondern auch von Seite einer Anzahl Gemeinden von Hüfingen bis Neustadt Bittschriften wegen Fortsetzung der Höllenthalbahn zugegangen. Daß der Ausbau dieser Bahnlinie eine dringende Nothwendigkeit ist, das ist in den eingereichten Bittschriften gewiß erschöpfend dargelegt worden. Allgemein ist man nun, nachdem das Bitten in früheren Jahren keinen Erfolg gehabt hat, jetzt, da unsere staatlichen Finanzen eine ganz bedeutende Wendung zur Besserung genommen haben, auf die Stellung gespannt, die die Regierung und der Landtag zu dieser Bahnfrage nehmen werden. Die Fortsetzung der Höllenthalbahn ist gewiß eine Frage, die vor allen anderen Bahnfragen, die jetzt in Baden wieder auftauchen, in den Vordergrund gestellt werden muß. Man gibt sich daher der Hoffnung hin, daß bei der in kurzer Zeit im Landtage stattfindenden Behandlung dieser Sache das nöthige Entgegenkommen gezeigt, bezw. die berechtigten Wünsche erfüllt werden möchten; denn daß der Ausbau der Höllenthalbahn zur Verwirklichung gelangen muß — sei es früher oder später — das unterliegt keinem Zweifel.

⊥ **Aus dem Amte Waldshut**, 10. Februar. Ueberall wird es freudig begrüßt, daß unsere geliebte Landesmutter, J. K. H. die Großherzogin, die Weisung hat ergehen lassen, daß über die Arbeiten der zu entlassenden Industrieschülerinnen, wo solche Schulen bestehen, Gutachten sachverständiger Personen einverlangt werden, um den besten Schülerinnen Anerkennungen zukommen zu lassen. Gewiß werden diese Anerkennungen ihren Zweck, die Schülerinnen zu größerem Fleiß und Eifer anzuspornen, nicht verfehlen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kuppenheim, 9. Febr. Gestern Mittag hat unser Storchenpaar bereits seinen Einzug hier gehalten und seine alte Wohnung bezogen. Das erste Frühlingszeichen!

* **Aus Baden**, 11. Febr. In **Ettlingen** fand eine Versammlung Behufs Besprechung der Sonntagsruhe statt. Dieselbe beschloß, dem Gemeinderath den Vorschlag zu unterbreiten, die sonntägliche Offenhaltung der Geschäfte auf Vormittags 8—9 Uhr und weiter von 11—3 Uhr Nachmittags, somit auf 5 Stunden, festzuhalten. Diese Einrichtung soll jedoch vorläufig nur auf ein Jahr festgesetzt werden. — Die evangelische Diasporagemeinde **Zell** i. W. beabsichtigt, in diesem Jahre das Pfarrhaus zu bauen, um ihrem Ziele, eine staatlich anerkannte Gemeinde zu werden, damit wieder einen Schritt näher zu kommen. — In **Bannholz** sollen sich einige Persönlichkeiten zusammengethan haben, die auf ihre Kosten ein Haus für Apotheke und Arztwohnung zu erbauen gedenken. Sie hoffen zuversichtlich, daß die Regierung einem Gesuche geneigt sein und der dortigen Gegend mit einer Seelenzahl von etwa 4000 Personen die Genehmigung zur Errichtung wenigstens einer Filialapotheke ertheilen wird.

Zur Lehrerbesoldungsfrage.

↗ Von der Swarzbach, 4. Febr.

Die Badische Landeszeitung und die Lehrer sind alte Freunde, und mit Recht: denn wo es galt, für Schule und Lehrer einzutreten, da marschirte dieses Blatt immer an der Spitze der uns befreundeten Presse. So brachte sie auch dieser Tage wieder in zwei vorzüglichen Leitartikeln eine sachgemäße Besprechung und Beleuchtung des neuen bad. Schulgesetzentwurfs und wies darauf hin, wie dieser Entwurf neben manchem Guten doch eigentlich den Lehrern, und insbesondere den älteren, vorerst gar keine Besserstellung bringt und sie nach wie vor weit hinter allen anderen Beamten mit gleicher oder ähnlicher Vorbildung, sowohl was die Bezahlung, die Berechnung des Dienstalters, Zulagen und Zulagefristen u. s. w. betrifft, nachstellt. Nothwendigerweise muß diese eigenartige Behandlung des Lehrerstandes, der erst im 1. Viertel des 20. Jahrhunderts in den vollen Besitz der in Aussicht gestellten spärlichen Vortheile des neuen Gesetzes gelangt, allüberall in den betheiligten Kreisen Unzufriedenheit erzeugen. Bisher hieß es: „Es sind zu viele und die Mittel reichen nicht aus!“ Jetzt aber, wo unsere Finanzen — d. h. die des Staates — so günstig sind, daß man sogar Steuernachlaß bewilligt, wo man befürchtete, es werde Erhöhung nothwendig werden, fällt jener Einwand weg und man hatte auch in anderen, als Lehrerkreisen, auf endliche Befriedigung der Lehrerwünsche gehofft und erwartet, es werde diesem Stande auch Das werden, was Andere schon längst genießen. Allein, „es wär' zu schön gewesen, es hat nicht sollen sein“, so sagten wir uns, als wir die harten Uebergangsbestimmungen lasen, denn all' die uns gemachten Hoffnungen hat der Entwurf gründlich verwässert.

Um nun über unsere derzeitigen Gehaltsverhältnisse, die im Lande leider nur zu wenig bekannt sind, ein Bild zu geben und so jene beiden Artikel bezüglich der Nothwendigkeit der Abänderung des Gesetzentwurfes zu ergänzen, will ich in Nachstehendem der verehrten Bad. Landesztg. ein einfaches Rechenexempel, und zwar nicht unter dem Zeichen des „Bären“, sondern der völligen Wahrheit stehend, zur Veröffentlichung mittheilen.

Schreiber Dieses hat nahezu 20 Dienstjahre und bezieht zur Zeit einen garantirten Gehalt von 900 M., Schulgeld 320 M., Alterszulage 100 M., zusammen 1320 M.; hiezu als wandelbaren Nebengehalt für die Fortbildungsschule 80 M., Gehalt im Ganzen 1400 M.

Mit dieser Summe muß der Unterhalt von einer Familie, aus 8 Personen bestehend, gedeckt werden.

Ueberschlag der jährlichen Ausgaben: Feuerung, Beleuchtung und Wäsche 100 M., Kleider u. Schuhe (nieder berechnet) 290 M., Steuern, Umlagen und Feuerversicherung 28 M., Beiträge: Wittwen- und Waisenfond 39 M., Lebensversicherung für Mann und Frau 96 M., Pestalozziverein (Sterbekasseverein) und Wittwen- und Waisenstift zusammen 25 M., für Bücher und Zeitungen, Schreibmaterialien, Porto 25 M., Schulgeld (3 Knaben besuchen eine höhere Bürgerschule) 160 M., Arzt und Apotheke (durchschnittlich bis jetzt) 50 M., allgemeine Bedürfnisse 50 M., Taschengeld 40 M., Summe der Ausgaben 903 M.

Bei dieser mehr als niederen Berechnung der Ausgaben bleibt ein Rest von 497 M. zur Bestreitung der Kost, das macht im Tag 1 M. 36 Pf. oder auf den Kopf 17 Pf. Ob das ausreicht und wie?

Nun muß aber bedacht werden, daß ich noch zu den Glücklichen unter den Jeremias zähle; meine derzeitige Stelle gehört nämlich zur 3. Klasse und Viele meiner Altersgenossen, die auf Stellen 1. oder 2. Klasse sind, beziehen kaum 950—1000 M., und sie können doch auch nicht von der Luft leben! Wie viel Kummer und Sorge mitunter hinter den Mauern der oft stattlichen Schulhäuser wohnen mag, das wissen nur Wenige; denn der Lehrer und seine treue Frau verstehen die unverschuldete Armuth zu verbergen, damit das Ansehen nach außen gewahrt bleibt!

Bei oberflächlicher Beurtheilung der obigen Rechnung könnte man entgegenhalten, die für Lebensversicherung und Schulgeld eingestellten Beträge seien für die Verhältnisse eines Lehrers zu hoch, dem gegenüber sei aber darauf hingewiesen, daß die Lebensversicherung nicht die einzige Ersparniß einer Lehrerfamilie ist und sein kann, ebenso muß der Lehrer, trotz aller Sparsamkeit und so sauer es ihm fällt, seinen Kindern den Besuch einer höheren Schule ermöglichen, und wenn sie auch Handwerker werden sollten, denn Das, was ihnen an Kapital, d. h. materiellen Mitteln fehlt, muß er durch Bildung, also immaterielle Mittel ihnen zu ersetzen suchen.

Tritt nun das neue Gesetz in Kraft, so erhalte ich, weil ich jetzt schon so „gut“ gestellt und erst vor einem Jahre Alterszulage erhalten habe, vorerst nichts; in drei Jahren wird dann aber auch mein Geldbeutel etwas von der Aufbesserung verspüren, Falls ich mich nicht in meiner Berechnung geirrt.

Wann ich in den Höchstgehalt eintrete? wurde ich dieser Tage befragt; nun, im Jahre 1912 war die Antwort, erhalte ich erstmals 1800 M., und 1916, wenn ich noch lebe und aktiv sogar 1900 M., dann bin ich etwa 63 Jahre alt, habe also noch 37 bis 190 und somit vorerst die besten Aussichten, weiter zu darben. Nach dem Beamtengesetz kann aber ein Angestellter mit 65 Jahren in Ruhestand versetzt werden, sonach könnte ich günstigen Falls noch zwei Jahre 1800 M. Höchstgehalt beziehen, gewiß keine günstigen Aussichten!

Die vorstehende Darstellung muß nun unwillkürlich zum Vergleiche mit den Gehaltsverhältnissen anderer, mit gleicher oder ähnlicher Vorbildung versehener Beamten herausfordern, um aber nicht den Verdacht der Mißgunst und des Neides zu erregen, wollen wir etwas tiefer greifen und als drastischen Beweis erwähnen, daß ein badischer Oberschaffner, der zwei Jahre beim Militär diente und nur eine Volksschule besucht hatte, vor seinem Examen s. Z. eine Woche dem Unterricht in meinem 5. und 6. Schuljahre anwohnte, um sich Kenntniß des neuen Maßes und Gewichtes und Dezimalrechnens anzueignen, wie er mir unlängst selbst sagte, jetzt schon einen höhern Gehalt bezieht, als ich ihn nach Einführung des neuen Gesetzes in einigen Jahren erhalten werde. Schreiber Dieses war aber dazumal schon Hauptlehrer und Jener machte erst das Examen, und doch diese große Ungleichheit. Noch schroffer aber würden die Vergleiche mit den uns an Bildung gleichstehenden andern Beamten ausfallen.

Die badische Lehrerschaft hofft nun aber, es werden aus der Mitte der hohen Kammer Verbesserungsvorschläge des neuen Gesetzentwurfes gemacht werden, und es werde auch die großh. Regierung ihre Zustimmung dazu nicht versagen. Bei den hohen Preisen für alle Lebensbedürfnisse und dem stetigen Steigen derselben ist es bei aller Sparsamkeit und Bescheidenheit geradezu unmöglich, mit einem solchen Gehalte auszukommen, das neue Gesetz bringt jedoch nur einem geringen Bruchtheile der Lehrer eine kleine Verbesserung. Insbesondere gehen die Wünsche der Lehrer dahin, daß die harten und unbilligen Uebergangsbestimmungen beseitigt, Anfangs- und Höchstgehalt erhöht, die Zulagefristen verkürzt und für die Unterlehrer, deren Anstellung als Hauptlehrer oft vom Zufall abhängig, ähnliche Bestimmungen getroffen werden, wie solche bei den evang. Vikaren bestehen, denen bei ihrer Anstellung als Pfarrer auch die früheren Dienstjahre zählen und also ihren früher angestellten Altersgenossen im Gehalte sofort gleichgestellt werden.

Wir Lehrer hoffen, es werden unsere berechtigten Wünsche und Vorstellungen bei großh. Regierung und den hohen Kammern wohlwollende Aufnahme und Berücksichtigung finden und die Herren Abgeordneten dürfen unserer herzlichen Dankbarkeit sicher sein.

Handelsnachrichten.

* **Karlsruhe**, 11. Febr. (Fleischpreise auf der Fleischbank des Wochenmarktes.) Anwesend waren 9 Fleischverkäufer, welche verkauften: das Kuhfleisch zu 50, 56, Rindfl. 60, 64, 66, 68, Schweinefl. 64, 66, 68, Kalbfl. 64, 66, 68, Hammelfleisch 60, 70 Pf. — Marktpreise in der Woche vom 6. d. bis 11. d.: 1) Vittualien: Fleisch: 500 Gr. Ochsen 64, 72, Rind 64, 68, Hammel 60, 70, Schweine 64, 68, ger. 85, Kalb 64, 68, Brod: 450 Gr. weißes 20, 1400 schw. 46, Mehl: 500 Gr. weißes 24, schwarzes 20, 1 Liter Erbsen 18, Bohnen 18, Linsen 30, 500 Gr. Reis 32, Gerste 28 Grieß 24, 50 Kilo Kartoffeln 3.30, 500 Gr. Butter 1.10, Rindschmalz 1.20, Schweineschmalz 85, 1 Liter Milch 18, 6 Eier 54, 1 Liter saurer Rahm 80 Pf. —

* **Magdeburg**, 10. Febr. (Zuckerbericht.) Kornzucker ausschl. von 92 Proz. 19.35, Kornzucker ausschl. 88 Proz. Rend. 18.35. Nachprodukte ausschl. 75 Rendem. 16.10. Ruhig. Brodraffin. I. 29.75. Brodraffin. II. 29.50. Gem. Raffinade mit Faß 29.75. Gem. Melis I. mit Faß 28.25. Ruhig. Rohzucker 1. Produkt Transito f. a. B. Hamburg für Februar 14.40 G., 14.50 Br., für März 14.65 bez., 14.67 ½ Br., für April 14.85 bez., 14.87½ Br., für Mai 15.— bez. u. Br. Matt.

* **New-York**, 10. Febr. Baumwolle in New-York 7 3/16, ditto in New-Orleans 6 9/16, Baumwolle für Mai 6.94, für Juni 7.07, Baumwollezufuhr vom Tage 23,000, Ausfuhr nach Großbritannien 20,000, Ausfuhr nach dem Festlande 28,000.

Städtisches.

× **Karlsruhe**, 11. Febr. Bei der heute vorgenommenen Ersatzwahl von 3 Stadtverordneten wurden von 89 Abstimmenden gewählt die Herren: Karl Augenstein, Architekt, mit 44 Stimmen, Heinrich Knittel, Hofbuchhändler, mit 76 Stimmen, Karl Layh, Kaufmann, mit 73 Stimmen. Als Mitglied des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten wurde Herr Dr. Karl Wörter, Anwalt, mit 54 Stimmen von 68 Abstimmenden gewählt.

✓ **Karlsruhe**, 11. Febr. In Folge des Todes des Herzogs von Clarence haben sämmtliche Dispositionen der Great Ballerie Tour eine Aenderung erfahren müssen, um so mehr, als auf besondern Wunsch der regierenden Kaiserin und der Kaiserin Friedrich noch ein zweites Berliner Konzert stattfinden muß. Auch das hiesige Konzert muß in Folge dessen aufgeschoben werden. Wir bemerken ausdrücklich, daß es nur aufgeschoben ist und zu einer späteren Zeit stattfinden wird.

□ **Karlsruhe**, 11. Febr. In der Nacht vom 9./10. d. M. wurden im Stadttheil Mühlburg an drei im Freien stehenden Wagen von bis jetzt unbekannter Hand die Deichseln abgesägt, wodurch den betreffenden Eigenthümern ein empfindlicher Schaden erwachst. — In der nämlichen Nacht wurde auf der Maxauer Bahn bei der Karlsstraße von einem Eisenbahnzug ein großer, weißer Leonberger Hund überfahren und getödtet.

* **Karlsruhe**, 11. Febr. Die heutige Fremdenliste der hiesigen Gasthöfe führt als neu angekommen 347 Fremde auf.

Drahtberichte.

* **Berlin**, 11. Febr. (Reichstag.) Abg. Rintelen begründet den Antrag, betreffend Abänderung der Strafprozeßordnung über Wiederaufnahme des Verfahrens, sowie Entschädigung für unschuldig erlittene Strafen.

Abg. Träger begründet den Antrag, betr. Entschädigung unschuldig Verurtheilter.

Staatssekretär Bosse erklärt, die Regierung änderte ihre Absicht nicht und stelle anheim, ob man nicht mit der Frage warten wolle bis zur Neugestaltung der Strafprozeßordnung und ob man sich nicht damit begnüge, daß auf Anregung des Bundesrathes in jedem Bundesstaate Fonds vorhanden sind, aus denen unschuldig Verurtheilte zu entschädigen sind. Uebrigens werde diese Frage, sowie die Frage der Berufung in Strafsachen gründlich erörtert werden.

Die Abgg. Strombeck und Schneider befürworten den Antrag.

Abg. Frohme beklagt, daß in der Rechtspflege die Korruption immer weiter um sich greift. Er wird zur Ordnung gerufen.

Nach längerer Debatte, an der sich die Abgg. Strombeck, Schneider, Bar und Munckel betheiligen, welche sich sämmtlich im Sinne des Träger'schen Antrages aussprechen, beschließt das Haus, die zweite Berathung der Anträge im Plenum vorzunehmen.

Morgen 1 Uhr: Eisenbahnetat.

* **Berlin**, 11. Febr. Die Reichstagskommission für den Gesetzentwurf über das Telegraphenwesen nahm die §§ 3, 4, 4a, 4b in bisheriger Fassung der Kommission unter Ablehnung der Abänderungsanträge der Freisinnigen und Sozialdemokraten an.

* **Berlin**, 11. Febr. Der Kronprinz von Schweden ist Nachmittags 1½ Uhr aus Dresden hier eingetroffen. Er wurde vom Prinzen Heinrich am Bahnhof empfangen und stieg im Schlosse ab. Die Weiterreise erfolgt Samstag.

* **Berlin**, 11. Febr. Die Volksschulgesetzkommission lehnte die zu §. 5 (Lehrplan und innere Einrichtung der Volksschule) gestellten Anträge der Abgg. v. Jazdzewski (Ertheilung des Religionsunterrichts in der Muttersprache) und Enneccerus (Ertheilung des Unterrichts ausschließlich in deutscher Sprache) ab und nahm den Paragraph in der Fassung der Regierungsvorlage an, welcher über die Unterrichtssprache keine Bestimmung enthält.

* **Berlin**, 11. Febr. Die Volksschulgesetzkommission lehnte in ihrer heutigen Sitzung den vom Abg. Rickert beantragten §. 5 ab, wonach für den Religionsunterricht in den Lehrplan für die mehrklassige Volksschule bis zu 4, in der einklassigen bis zu 5 Stunden wöchentlich aufzunehmen sein sollten.

* **London**, 11. Febr. Bei der gestern von New-York erfolgten Ankunft des Norddeutschen Lloyddampfers Spree in Southampton wurden dem Kapitän Willigerod als Belohnung für die Rettung der Passagiere des im Dezember auf offener See in Brand gerathenen englischen Dampfers Abyssinea eine goldene Uhr und Kette, außerdem zur Vertheilung an die Offiziere und Mannschaft des Schiffes 200 Pfd. Strl. überreicht.

* **Madrid**, 10. Febr. Zwischen der Polizei und Anarchisten fand in Barcelona heute wiederum ein Zusammenstoß statt. Mehrere Anarchisten, darunter 3 Franzosen, wurden verhaftet. Auch in Reuß wurden Verhaftungen vorgenommen.

* **St. Petersburg**, 11. Febr. Der Reichsrath bewilligte zur Bekämpfung des Nothstandes abermals 60 Millionen und stimmte den Grundzügen einer neuen Städteordnung bei.

* **Washington**, 10. Febr. Der Bericht des Ackerbaubureaus besagt, daß die von den Baumwollepflanzern erhaltenen Ziffern einen Durchschnittsbetrag von 88 3/10 Proz. aufweisen. Die Ernte beträgt eine Halbe Mill. Ballen weniger als 1890. Die Güte ist die feinste seit Jahren, die Farbe ausgezeichnet.

* **Frankfurt a. M.**, 11. Febr. (Anfangskurse.) Kreditaktien 261½, Staatsbahn 254¾, Lombarden 80½, Galizier —.—, Aegypter 95.80, Ungarn 92.80, Diskonto-Kommandit 179.90, Gotthardaktien 137.70, Laurahütte —.—, Gelsenkirchen — —, neue Reichsanleihe —, Darmstädter —.—. Schwach.

* **Frankfurt a. M.**, 11. Febr. (2 U. 35 M.) Wechsel auf Amsterdam 168.87, ditto auf London 20.42, ditto auf Paris 81.10, ditto auf Wien 172.40, Priv.-Disk. 1¾, Napoleons 16.21, Kreditaktien 262⅛, Disk.-Komm. 180.80, Schweiz. Nordost 108.20, 60r Loose 125.—, Mittelmeer 94.70, Türken 18.20, 4¼prozent. Portugiesen 39.80, bad. Zuckerfabrik 59.30. Befestigt.

* **Frankfurt a. M.**, 11. Febr. (2 U. 57 M.) 3proz. Reichsanleihe 83.95, 4proz. Reichsanleihe 106.75, 4proz. preuß. Konsols 106.75, 4proz. bad. Obligat. in Gulden 102.35, ditto in Mark 104.80, österr. Goldrente 95.90, österr. Silberrente 81.20, 4proz. ungar. Goldrente 92.80, 1880er Russen 92.90, 2. Orientanleihe 63.70, Italiener 90.80, Aegypter 95.90, Spanier 63.—, Zolltürken 56.10, Serben 81.40, Elbthal 203½, hess. Ludwigsbahn 113.30, Basler Bankverein 125.50, Handelsgesellschaft 133.90, Darmstädter Bank 122.80, Deutsche Bank 157.60, Dresdener 133.—, Länderbank 178.40. — Nachbörse. Kreditaktien 261⅞, Disk.-Komm. 180—, Staatsbahn 254⅛, Lombarden 80½, Westeregeln —.—. Schwächer.

* **Frankfurt a. M.**, 11. Febr. (6 U. 40 M.) Kreditaktien 262⅛, Staatsbahn 254¾, Lombarden 80¼, Disk.-Komm. 180.10, Aegypter 95.60, Ungarn —, Gelsenk. 131.30 Italiener —.—. Gotthard —.— Still. — Wenigereinnahme der Südbahn 98,574 fl.

* **Berlin**, 11. Febr (12 Uhr 20 Min.) Kreditaktien 168.50, Franzosen 127.50, Lombarden 43.60, Diskonto-K. 184.30, Bochumer 111.40, Dortmunder 56.70, Gelsenkirchen 136.20, Laurahütte 104.30, Italiener 90.90, Ungarn 92.70, 3pCt. Reichsanleihe 84.—, Russ. Noten 205.70. Ziemlich fest.

* **Berlin**, 11. Febr. (2 U. 36 M.) Kreditaktien 168.70, Staatsbahn 127.20. Lombarden 43.50, Diskonto-Kommandit 184.20, Marienburger 56.60, Dortmunder 56.70, Laurahütte 104.70, russ. Noten 200.—, 3proz. Anleihe 83.70.

* **Berlin**, 11. Febr. (Börse. 2 U. 36 M.) Die Tendenz war heute gedrückt in Folge des Rückgangs der Montanwerthe auf die Ermäßigung der Stahleisenpreise durch die Breslauer Großhändler und ungünstiger Berichte aus dem Rheinland über die Lage im Ruhrkohlengebiet; schließlich erholt.

* **Berlin**, 11. Febr. (Schlußkurse.) Disk.-Kommandit 183.90, Dortmunder 56.70, Bochumer 111.10, Baseler —.

* **Wien**, 11. Febr. (Vorbörse. 10 U. 40 M.) Kreditaktien 305.25, Marknoten 58.07, 4% Ungarn 108.—, Staatsbahn 291.—, Lomb. 91.37, Galizier —.—. Matt.

* **Paris**, 11. Febr. (12 Uhr 40 M.) 3proz. Rente 95.70, Spanier 62⅞. Aegypter —.—, Banque Ottomane 536.—, Türken 18.60, Ungarn —.

* **Paris**, 11. Febr. 3proz. Rente 95.72, 3pr. Portugiesen 27⅝. Spanier 62⅞, Türken 18.55, Banque ottom. 537, Ungarn —.—, Rio Tinto 472.—, Banque de Paris 628.

Verantw. Redaktion: Friedrich Hannemann in Karlsruhe.

Karlsruhe. Tagesordnung zur 28. öffentlichen Sitzung der 2. Kammer auf Samstag, den 13. Febr., Vorm. 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Beantwortung der Interpellation der Abg. Dreyer u. Gen. in Betreff des Schutzes des badischen Weinbaues. 3) Berathung des Gesetzentwurfs, die Vereinigung der Gemeinde Schwarzwalden (A. Bonndorf) mit der Gemeinde Schönenbach betr. Erste Lesung, Referent Abg. Birkenmayer.

Meteorologische Beobachtungen.

Februar	Morgens	Ort.	Bar. auf 0. Gr. u. d. Meeresniv. red. i. Mill.	Wind. Richtung.	Wind. Stärke.	Wetter.	Temp. in Celsiusgraden
11	8	Mullaghm.	774	SW	mäßig	bedeckt	8
	8	Aberdeen	769	WSW	leicht	halb bed.	8
	8	Christiansd	758	W	stürmisch	Regen	3
	8	Kopenhag.	763	WNW	schwach	Dunst	2
	8	Stockholm	758	W	leicht	wolkenlos	— 3
	8	Haparanda	746	W	leicht	halb bed.	—12
	8	Petersburg	758	S	leicht	Schnee	— 7
	8	Moskau	767	NO	leis. Zug	wolkenlos	—19
	8	Cork	776	WNW	leicht	bedeckt	7
	8	Cherbourg	771	NNW	leicht	bedeckt	2
	8	Helder	772	NW	leis. Zug	wolkig	4
	8	Sylt	768	NW	schwach	Nebel	3
	8	Hamburg	768	WNW	schwach	Nebel	3
	8	Swinemde.	764	WNW	mäßig	Dunst	1
	8	Neufahrwf	761	NNW	leicht	bedeckt	1
	8	Memel	759	W	schwach	bedeckt	1
	8	Paris	773	N	leis. Zug	Nebel	3
	8	Münster	771	WSW	schwach	bedeckt	2
	8	Karlsruhe	772	SO	leicht	Dunst	2
	8	Wiesbaden	772		still	bedeckt	2
	8	München	772	S	mäßig	bedeckt	— 4
	8	Chemnitz	770	WSW	mäßig	Nebel	0
	8	Berlin	767	W	mäßig	Nebel	2
	8	Wien	772	SW	leicht	wolkig	— 3
	8	Breslau	766	W	mäßig	bedeckt	1
	8	Ile d'Aix	772	N	schwach	Dunst	7
	8	Nizza					
	8	Triest					

(Uebersicht der Witterung.) Die Luftdruckvertheilung ist im Wesentlichen die gleiche wie am Vortage, indem ein tiefes Minimum über Nordskandinavien einem Gebiete hohen Druckes gegenüber liegt, welches sich in einem im Westen von Mitteleuropa gelegenen Kern aus bandförmig über das Binnenland hinwegzieht; hier ist dementsprechend das Wetter vielfach heiter oder neblig; im deutschen Küstengebiete ist es dagegen meist trüb. Die Temperaturen haben überall etwas zugenommen. Da das Ortsbarometer zur Zeit seinen Stand nur wenig verändert, so ist zunächst noch Fortdauer der herrschenden Witterung wahrscheinlich.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Station Karlsruhe.

	Barometer.	Therm. Celsius.	Abs. Feuchtigk.	Rel. Feuchtigk.	Wind.	Himmel	Bemerkung.
10. Febr. Abds. 9 U.	760,9	+ 1,5	3 6	71	SW	bedeckt	—
11. Febr. Mrgs 7 U.	760 9	+ 1,4	3,9	76	NO	„	—
Mittags 12 U.	761 0	+ 6 2	4,2	59	NO	wolkig	—

Geboren:

Karlsruhe, 5. Febr. Gretchen, V. Paul Frühauf, Rechtsanwalt. — 9. Febr. Viktoria Katharina, V. Franz Mayer, Kaufmann; Franz Leopold, V. Wilh. Keim, Maurer; Heinrich, V. Wendelin Barth, Zimmermann.

Eheaufgebote:

Karlsruhe, 10. Febr. Schmitz, Michael, von Steinsfurth, Zementeur hier, m. Pauline Euler von Gerabronn. — 11. Febr. Moll, Johann, von Mainz, Tapezier hier, m. Anna Müller von Petersthal.

Eheschließungen:

Karlsruhe, 11. Febr. Riehmer, Karl, von Pirmasens, Oberstleutnant und Bezirkskommandeur in Aschaffenburg, m. Maria Berblinger von hier; Estedt, Karl, von Berlow, Kutscher hier, m. Karoline Speck von Ettlingen; Kniel, Wilhelm, von Oberscheffenz, Aushilfsbremser hier, m. Barbara Frank von Haagen; Wipfler, Stefan, von hier, Metzgermeister, m. Luise Merz von Dürrmenz-Mühlacker.

Gestorben:

Karlsruhe, 10. Febr. Sofie, V. Aug. Schwartz, Taglöhner, 12 T.

Buxkin, Cheviot, Velour
ca. 140 cm. breit à Mk. 1.75 Pfg. per Meter
versenden jede beliebige einzelne Meterzahl direkt an Private. Buxkin-Fabrik-Depot Oettinger & Co., Frankfurt a. M. Muster-Auswahl bereitwilligst franko. 354.7.1

Todesanzeige.

601.1 Heute früh 11 Uhr verschied nach langem, schwerem Leiden im Alter von 71 Jahren unsere innigstgeliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Tante,

Frau Christine Hoepfner Wwe.,
geb. Ruf,

wovon wir schmerzerfüllt Freunden und Bekannten hiemit Kenntniß geben.

Um stille Theilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Karlsruhe, den 11. Februar 1892.

Reise-Beamte,
tüchtig, gewandt und mit guten Referenzen, werden von einer Ia deutschen Versicherungsgesellschaft mit den neuesten Einrichtungen unter günstigen Bedingungen sofort angestellt. Dieselbe ist auch bereit, intelligente, strebsame Herren, welche im Versicherungswesen noch unerfahren sind, auszubilden. Probezeit wird gut honorirt. 578.3.2
Schriftliche Offerten mit kurzem Lebenslauf sub A 2087 an Rudolf Mosse in Mannheim erbeten.

Druck und Verlag der Macklot'schen Buchhandlung und Buchdruckerei, Waldstraße Nr. 10 in Karlsruhe.